
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>2 - 4</u>
Arbeitsunfall	<u>5 - 8</u>
Wegeunfall	<u>9 - 10</u>
Berufskrankheiten	<u>11 - 12</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>13 - 14</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>15 - 16</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>17</u>
Beitrag	<u>18</u>
Regress / Haftungsbeschränkung	<u>19 - 22</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>23 - 24</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>25 - 26</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>27</u>
Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)	<u>28</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Versicherter Personenkreis

- 03 Aktion zum Thema Klimawandel – Anbringung eines Banners durch Aktivistin an Hotelfassade – Verletzung bei Kletteraktion – kein UV-Schutz für Aktivistin – kein Beschäftigungsverhältnis zum verantwortlichen Verein – keine Wie-Beschäftigung – Teilnahme an Aktion als ehrenamtliches Mitglied zur Verfolgung der Vereinszwecke – Urteil des LSG Hamburg vom 24.03.2015 – L 3 U 53/12 – DOK 311.01:311.133:312 [101 - 111](#)
- 04 Unfall bei Abnahme von Weihnachtsdekoration im Verkaufsraum einer Handelsgesellschaft – kein Beschäftigungsverhältnis – keine Wie-Beschäftigung – unentgeltliche Gefälligkeitsleistung auf Grund familiärer Beziehungen zum Mitgesellschafter der Gesellschaft – Abnahme der Dekoration erfolgte an einem Feiertag – Erfüllung nicht rechtlicher Verpflichtungen – keine besondere Gefährdung durch zur Verfügung gestellte Leiter – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 29.01.2016 – L 8 U 2950/14 – DOK 311.01:312 [208 - 218](#)
- 07 Unfall eines freigestellten Tierpflegers – Tätigkeit in vietnamesischem Nationalpark – unbefristetes Arbeitsverhältnis mit deutschem Zoo nicht festgestellt – „Rumpfarbeitsverhältnis“ zu deutschem Arbeitgeber für Ausstrahlung nicht ausreichend – weiterbestehende Weisungsgebundenheit und Entgeltzahlung ungeklärt – zum Unfall führende Verrichtung als versicherte Tätigkeit fraglich. – Urteil des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 1/14 R – DOK 121.13 [391 - 402](#)
- 07 Sturz von einer Leiter – Sicherungsmaßnahmen zum Verschließen von Fenstern nach Einbruch bei der Schwägerin – Keine Nothilfe – Gefahr im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII war spätestens mit Eintreffen der Polizei beendet – Keine sog. Wie-Beschäftigung wegen sozialer Beziehungen zwischen Kläger und Schwägerin – Tätigkeit von kurzer Dauer nach Einbruch üblich unter Nachbarn – Urteil des LSG NRW vom 11.12.2105 – L 4 U 176/15 – DOK 311.12:312:374 [403 - 413](#)
- 07 Hilfe beim Abladen von Brettern für Renovierungszwecke – keine Wie-Beschäftigung der Ehefrau des Auftraggebers – keine fremdwirtschaftliche Zweckbestimmung – vielmehr eigenwirtschaftliche Tätigkeit als Unternehmerin nicht gewerbsmäßiger Bauarbeiten – Eigeninteresse an Renovierung im Vordergrund – Erhöhung der Unfallgefahr – keine Änderung der Handlungstendenz – Urteil des Bayerischen LSG vom 24.02.2016 – L 2 U 348/14 – DOK 312:371 [414 - 422](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
08 Unfall im zeitlichen Kontext einer Betriebsratsschulung – Keine Ausübung einer versicherten Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bei Sturz in einem Abenteuerwald – Besuch des Freizeitparks diente nicht der Vermittlung sog. „soft skills“ im Zusammenhang mit dem Betriebsratsseminar – Keine Begleitung der Teilnehmenden durch eine vom Seminarveranstalter beauftragte Person – Keine Auswertung der im Abenteuerwald gemachten Erfahrungen im Seminar – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 12.05.2016 – L 6 U 836/16 – DOK 311.01:374.13:374.28	464 - 475
08 Nierenspende – Diagnose eines chronischen Müdigkeitssyndroms (CFS) – keine Anerkennung als Versicherungsfall gemäß § 12a SGB VII – Gesundheitsschaden steht nicht im ursächlichen Zusammenhang mit Organspende – keine allgemeine medizinische Lehrmeinung zur Verursachung von CFS durch Organtransplantation gegeben – Organspende selbst komplikationslos verlaufen – Urteil des SG Detmold vom 29.01.2016 – S 24 KR 314/13 – DOK 311.132:375.21	476 - 489
10 Ehrenamtliche Tätigkeit als Schießleiter in einem Schützenverein – Abgrenzung rein mitgliedschaftlicher Pflichten zur Wie-Beschäftigung – vereinsorganisatorische Tätigkeit kraft Satzung – unterschiedliche Heranziehung der Mitglieder – allgemeine Übung des Vereins zur Heranziehung geeigneter Mitglieder – hierdurch keine Wie-Beschäftigung des Mitglieds – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 27.08.2015 – L 2 U 147/13 – DOK 312:330	616 - 625
11 Statusfeststellung gemäß § 7a SGB IV – Vertrag über „freie Mitarbeit“ – „Scouting“ von Sportveranstaltungen – Betreuung von Spielern – monatliches Pauschalhonorar – Weisungsgebundenheit – inhaltliche Freiheiten charakteristisch für „höhere Dienste“ – kein relevantes eigenes unternehmerisches Risiko – selbstständiger Spielervermittler ist demgegenüber mit anderem Vergütungsmodell tätig – nämlich „Vorleistung“ ohne Erfolgsgarantie und vom Entgelt des vermittelten Spielers abhängige Provision – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 16.03.2016 – L 9 KR 114/13 – DOK 311.01	657 - 668

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Statusfeststellungsverfahren gemäß § 7a SGB IV – Tätigkeit als Pflegefachkraft auf Intermediate Care Station einer Klinik – Arbeitsleistung im Krankenhaus bedingt Eingliederung in betriebliche Arbeitsorganisation – fachliche Weisungsgebundenheit gegenüber Ärzten und Pflegedienstleitung – Nutzung der Klinikräume, medizinischen Apparate etc. zwingend – kein eigenes Unternehmerrisiko – Vergütung nach fest vereinbarten Stundensätzen – vertragliche Regelungen über nicht den arbeitsrechtlichen Standards entsprechende Arbeitnehmerrechte nicht entscheidend – Urteil des Hessischen LSG vom 07.07.2016 – L 8 KR 297/15 – DOK 311.01:511.1

[749 - 759](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Arbeitsunfall

- 02 Unfall des Eigentümers von Pferdeboxen bei der Rückführung bei ihm eingestellter Pferde von der Weide – Abgrenzung Wie-Beschäftigung zur Gefälligkeitsleistung – Berufungseinlegung durch beigeladene Pferdehalterin bei anschließender Klagerücknahme des Verletzten – Rechtsmittelbefugnis der Beigeladenen aus § 109 SGB VII – Urteil des LSG NRW vom 27.08.2015 – L 15 U 262/14 – DOK 142.1:182.215:186.1:311.01:312 [22 - 35](#)
- 02 Angriff mit Schusswaffe auf am Taxistand stehenden Taxifahrer – vorangegangene Auseinandersetzung – innerer Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit gegeben – gemischte Handlungstendenz – geringfügige Unterbrechung – Unfallkausalität gegeben – kein Fall selbstgeschaffener Gefahr – Urteil des Hessischen LSG vom 29.05.2015 – L 9 U 41/13 – DOK 371:374.26:374.281 [45 - 57](#)
- 03 Unfall bei Inhalieren mit heißem Wasser innerhalb der Internatsunterbringung – heilpädagogisch-therapeutisches Heim – Arbeitsunfall bejaht – Realisierung einer durch die Internatsunterbringung geschaffenen Gefahr – Klagebefugnis nach § 109 SGB VII – Aussetzung des Schadensersatzprozesses nach § 108 SGB VII – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 22.10.2015 – L 10 U 2863/13 – DOK 311.082:374.281:753.3:780 [112 - 120](#)
- 04 Achillessehnenruptur während eines Fußballturniers anlässlich einer Gemeinschaftsveranstaltung einer Bank – keine versicherte betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – Teilnahme Externer – kein Arbeitsunfall – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 18.03.2015 – L 4 U 254/12 – DOK 374.111:374.112 [219 - 241](#)
- 04 Auswärtiges Fahrsicherheitstraining für Beschäftigte im Außendienst – Dienstreise zum Zweck der Fortbildung – Sturz auf der Hoteltreppe im Übernachtungshotel bei geselligem Zusammensein nach der Veranstaltung – kein Arbeitsunfall – anschließendes geselliges Beisammensein im Übernachtungshotel ist nicht der betrieblichen Tätigkeit zuzurechnen – kein Bestandteil des Tagungsprogramms – keine eigenständige betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung – keine Realisierung einer dienstreisebedingten Gefahr, da andere Sturzursachen möglich – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 18.03.2015 – L 3 U 252/11 – DOK 374.111 [242 - 256](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
06 Motorradfahrt als Vorbereitungshandlung zur Erweiterung eines (Taxi-)Unternehmens – evtl. Ankauf eines Kleintransporters für Fahrten als Subunternehmer – UV-Schutz über Versicherung kraft Satzung nur bei enger sachlicher, örtlicher und zeitlicher Beziehung zur versicherten Haupttätigkeit – hier Ankauf des Transporters und Zeitpunkt der Unternehmenserweiterung noch unbestimmt – Motorradfahrt diene primär privaten Interessen – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 03.09.2015 – L 6 U 96/13 – DOK 512.1:322:371.1:372.1	350 - 360
07 Sturz von einer Leiter – Sicherungsmaßnahmen zum Verschließen von Fenstern nach Einbruch bei der Schwägerin – Keine Nothilfe – Gefahr im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 13a SGB VII war spätestens mit Eintreffen der Polizei beendet – Keine sog. Wie-Beschäftigung wegen sozialer Beziehungen zwischen Kläger und Schwägerin – Tätigkeit von kurzer Dauer nach Einbruch üblich unter Nachbarn – Urteil des LSG NRW vom 11.12.2105 – L 4 U 176/15 – DOK 311.12:312:374	403 - 413
07 Hilfe beim Abladen von Brettern für Renovierungszwecke – keine Wie-Beschäftigung der Ehefrau des Auftraggebers – keine fremdwirtschaftliche Zweckbestimmung – vielmehr eigenwirtschaftliche Tätigkeit als Unternehmerin nicht gewerbsmäßiger Bauarbeiten – Eigeninteresse an Renovierung im Vordergrund – Erhöhung der Unfallgefahr – keine Änderung der Handlungstendenz – Urteil des Bayerischen LSG vom 24.02.2016 – L 2 U 348/14 – DOK 312:371	414 - 422
07 Wegeunfall – Schulunfall – Durchführung einer Projektarbeit mit Lehrerlaubnis (teilweise) zu Hause – Unfall auf dem Weg von der Projektarbeit bei einem Mitschüler nach Hause ist ein versicherter Wegeunfall – Häusliche Projektarbeit ist eine von der Schule organisatorisch getragene Veranstaltung – Realisierung der Wegeunfallgefahr trotz Remperei durch einen Mitschüler, da Folge gruppendynamischer Prozesse – Revision anhängig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 17.03.2016 – L 6 U 4904/14 – DOK 372.1:371.12:374.114:374.26	423 - 435

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 08 Unfall im zeitlichen Kontext einer Betriebsratsschulung – Keine Ausübung einer versicherten Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII bei Sturz in einem Abenteuerwald – Besuch des Freizeitparks diente nicht der Vermittlung sog. „soft skills“ im Zusammenhang mit dem Betriebsratsseminar – Keine Begleitung der Teilnehmenden durch eine vom Seminarveranstalter beauftragte Person – Keine Auswertung der im Abenteuerwald gemachten Erfahrungen im Seminar – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 12.05.2016 – L 6 U 836/16 – DOK 311.01:374.13:374.28 [464 - 475](#)
- 08 Nierenspende – Diagnose eines chronischen Müdigkeitssyndroms (CFS) – keine Anerkennung als Versicherungsfall gemäß § 12 a SGB VII – Gesundheitsschaden steht nicht im ursächlichen Zusammenhang mit Organspende – keine allgemeine medizinische Lehrmeinung zur Verursachung von CFS durch Organtransplantation gegeben – Organspende selbst komplikationslos verlaufen – Urteil des SG Detmold vom 29.01.2016 – S 24 KR 314/13 – DOK 311.132:375.21 [476 - 489](#)
- 11 Arbeitsunfall im Zusammenhang mit Arbeit im Home-Office – Unfall auf der Treppe vor dem Home-Office beim Holen eines Getränks – kein Arbeitsunfall – fehlender Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit – kein Betriebsweg – BSG äußert Zweifel, ob Rechtsprechung zu Betriebswegen innerhalb eines Wohngebäudes aufrecht erhalten werden kann – Privaträume außerhalb des Home-Office behalten Charakter der häuslichen Lebenssphäre – kein versicherter Weg zum Ort der Nahrungsaufnahme, da keine Betriebsbedingtheit – Urteil des BSG vom 05.07.2016 – B 2 U 5/15 R – DOK 371.1:371.2 [669 - 680](#)
- 11 Änderung der BSG-Rechtsprechung zur betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung – Aufgabe des Erfordernisses, dass die Unternehmensleitung persönlich an der Feier teilnehmen müsse – für Förderung betrieblicher Zwecke genügt, dass betriebliche Leitung die Feier wünscht – die Veranstaltung muss aber das Betriebsklima fördern und den Zusammenhalt der Beschäftigten stärken – tatsächliche Teilnehmerzahl (Untergrenze) ist irrelevant – Rechtsprechungsänderung trägt Änderungen der Arbeitswelt Rechnung – Hier: Sturz auf einer Wanderung anlässlich einer Sachgebiets-Weihnachtsfeier – keine Teilnahme eines Unternehmensvertreters – Teilnahme der Sachgebietsleitung ausreichend – Arbeitsunfall anerkannt – Weihnachtsfeier im Einvernehmen mit dem Unternehmen – schriftlich protokollierte Dienstbesprechung – Vereinbarung, dass Sachgebiets-Weihnachtsfeier stattfinden darf – Zeitgutschrift [681 - 687](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- für Teilnahme an Weihnachtsfeier bestätigt dienstliches Interesse an der Feier – Urteil des BSG vom 05.07.2016 – B 2 U 19/14 R – DOK 374.11:374.111
- 12 Laborkittelverbrennung nach studentischem Praktikum – kein Arbeitsunfall – Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision unbegründet – keine ungeklärte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung gegeben – Versicherungsschutz bei studentischen Veranstaltungen schon beim Hochschulsport geklärt – § 109 SGB VII – Prozessstandschaft – potentiell haftungsprivilegierte Person unterliegt § 183 SGG (Kostenfreiheit) – dies gilt nicht für Haftpflichtversicherer und Arbeitgeber bei Klage nach § 109 SGB VII – Beschluss des BSG vom 30.08.2016 – B 2 U 40/16 B – DOK 184.3:311:083:754.1 [743 - 748](#)
- 12 Aufsuchen einer Arztpraxis vor der Arbeit – Unfall auf dem anschließenden Weg zur Arbeit – kein Arbeitsunfall – eigenwirtschaftliche Tätigkeit – kein Wegeunfall – Abweg – keine geringfügige Unterbrechung des Weges zur Arbeit – kein sog. dritter Ort – Bestätigung der 2-Stundengrenze durch BSG – Urteil des BSG vom 05.07.2016 – B 2 U 16/14 R – DOK 372.12:374.281 [760 - 769](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Wegeunfall

- 03 Wegeunfall eines pflichtversicherten Selbständigen – Sachlicher Zusammenhang zwischen versicherter Tätigkeit und Verrichtung zum Unfallzeitpunkt bei nicht eindeutig nachgewiesenem Kokainkonsum – Beginn des versicherten Weges – Klettern aus dem Fenster – Gleichstellung mit Durchschreiten des Außentür – Erforderlichkeit des Erreichens öffentlichen Raums bei Ausstieg aus dem Fenster – Urteil des LSG NRW vom 02.09.2015 – L 17 U 313/14 – DOK 372.11:374.26:374.27 [121 - 130](#)
- 05 Wegeunfall – Überprüfung der Straßenverhältnisse auf mögliche Glätte vor Fahrtantritt – nicht versicherte Vorbereitungshandlung für den Weg zur Arbeitsstätte – § 8 Abs. 2 SGB VII enthält abschließende Aufzählung der versicherten Vorbereitungshandlungen – versicherte Vorbereitungshandlung außerhalb von § 8 Abs. 2 SGB VII nur bei unvorhersehbarem Eintritt oder bei Einheit mit der versicherten Tätigkeit – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 15.12.2015 – L 3 U 112/14 – DOK 372.1:371.11 [273 - 278](#)
- 05 Wegeunfall eines Studierenden – Sturz auf dem Bahnsteig der Bahnlinie, die zur Universität fährt – Verrichtung des Versicherten unmittelbar vor dem Unfall ist nicht aufklärbar – „Wegebann“ existiert nicht in gesetzlicher Unfallversicherung – objektiver Nachweis der Wirkursache erforderlich – rechtlich-wesentliche Bedingung – Beweislast – Urteil des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R – DOK 372.1:374.21 [279 - 286](#)
- 05 Wegeunfall – Unterbrechung des Weges – Parken und Verlassen des PKW zum Kauf von „Semmeln“ – Kauf von „Semmeln“ grundsätzlich eigenwirtschaftlich – Sturz beim Umdrehen auf dem Weg hin zur Bäckerei zum Zwecke der Rückkehr zum KFZ – Beendigung der privatwirtschaftlichen Unterbrechung des Arbeitsweges mit dem Umdrehen – Urteil des Bayerischen LSG vom 16.12.2015 – L 3 U 402/13 – DOK 372.12 [287 - 294](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 07 Wegeunfall – Schulunfall – Durchführung einer Projektarbeit mit Lehrerlaubnis (teilweise) zu Hause – Unfall auf dem Weg von der Projektarbeit bei einem Mitschüler nach Hause ist ein versicherter Wegeunfall – Häusliche Projektarbeit ist eine von der Schule organisatorisch getragene Veranstaltung – Realisierung der Wegeunfallgefahr trotz Remperei durch einen Mitschüler, da Folge gruppendynamischer Prozesse – Revision anhängig – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 17.03.2016 – L 6 U 4904/14 – DOK 372.1:371.12:374.114:374.26 [423 - 435](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Berufskrankheiten

- 02 BK 3102 – Borrelieninfektion – Nachweis einer das normale Maß übersteigenden Infektionsgefahr – Lyme-Borreliose nicht zweifelsfrei nachgewiesen – keine Regelwidrigkeit des körperlichen Zustands – uneinheitliche Rechtsprechung zu der Frage, ob Borrelieninfektion ohne Krankheitsbild die Voraussetzungen der BK 3102 erfüllt – Revisionszulassung – Urteil des Bayerischen LSG vom 15.04.2015 – L 2 U 40/14 – DOK 376.3-3102 [58 - 71](#)
- 06 BK 2112 – Eintritt der Gonarthrose am rechten Knie vor der sog. Rückwirkungsklausel/Stichtagsregelung zum 30.09.2002 – Eintritt der Beschwerden am linken Knie nach der Stichtagsregelung – grundsätzliches Erfordernis einer beidseitigen Erkrankung – keine Anerkennung einer eigenen (gleichen) BK 2112 am linken Knie mangels fortwirkender Exposition möglich – Versicherungsfall i. S. d. § 6 Abs. 2 BKV n. F. gleichzusetzen mit dem Begriff „Erkrankung“ – Urteil des Sächsischen LSG vom 04.11.2015 – L 6 U 200/13 – DOK 376.3-2112 [342 - 349](#)
- 08 BK 1301 – Nicht jede beliebige Dosis ist als ausreichende Exposition bei einer BK 1301 anzusehen – Ob von einer Risikoverdoppelung nur bei einem Orientierungswert von 6 mg 2-Naphtylamin auszugehen ist, lässt der Senat offen – Liegt die angeschuldigte Exposition aber deutlich unter dem Orientierungswert, kommt die Anerkennung einer BK 1301 nicht in Betracht – erforderliche kumulative Expositionsdauer von 2,6 Jahren nicht erreicht – nicht berufliche veranlasste Konkurrenzursache für das Harnblasenkarzinom durch Nikotinabusus von 20 packyears – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 19.03.2015 – L 6 U 79/09 – DOK 376.3-1301 [490 - 502](#)
- 09 Hepatitis-C-Erkrankung als BK 3103 – gefährdende Tätigkeit für mehrere Unternehmen – hierfür verschiedene UV-Träger zuständig – Tätigkeit als Krankenschwester zunächst im staatlichen Gesundheitssystem in Ungarn – danach Tätigkeit in deutschem Krankenhaus – Rechtsgedanke des § 134 SGB VII gilt auch für Altfälle – hiernach letzte gefährdende Tätigkeit entscheidend – Zeitpunkt der Meldung maßgeblich – Urteil des Bayerischen LSG vom 25.11.2015 – L 2 U 526/11 – DOK 783:783.8 [591 - 599](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 10 Anerkennung einer Siderofibrose als BK 4115 und als Wie-BK nach § 9 Abs. 2 SGB VII – Leistungs- und Anfechtungsklage vor dem SG nur gegen die Ablehnung der BK 4115 – erstmalige Beantragung der Anerkennung einer Wie-BK im Berufungsverfahren ist unzulässige Klageänderung – Klagefrist (§ 87 SGG) nicht eingehalten – verschiedene Streitgegenstände – Urteil des BSG vom 05.07.2016 – B 2 U 4/15 R – DOK 376.3-4115:376.6 [626 - 632](#)
- 10 Erkrankung eines Flugbegleiters durch ein „fume event“ – keine Anerkennung als Wie-BK – keine „Berufskrankheiten-Reife“ gegeben – Verfahren zur Feststellung der „Berufskrankheiten-Reife“ in der medizinischen Wissenschaft noch nicht abgeschlossen – Nachweis eines einmaligen „fume events“ genügt nicht für die Anerkennung nach § 9 Abs. 2 SGB VII, selbst wenn „Berufskrankheiten-Reife“ unterstellt wird – Urteil des SG Berlin vom 07.07.2016 – S 68 U 637/13 – DOK 376.6 [633 - 640](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 02 Arbeitsunfall eines Mehrfachbeschäftigten – Arbeitsunfähigkeit tritt bezüglich Haupttätigkeit früher ein – Weiterzahlung des Verletzten-geldes nur bezüglich des Entgeltverlustes aus Nebentätigkeit – Rentenbeginn jedoch nicht erst mit Wiedereintritt der Arbeitsfähig-keit bezüglich Nebenbeschäftigung – Rente ist bereits ab Wieder-aufnahme der Haupttätigkeit zu zahlen – JAV jedoch für Zeitraum des gleichzeitigen Bezugs von Rente und Verletztengeld nur aus Entgelt der Haupttätigkeit zu berechnen – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 6/14 R – DOK 453:431.3 [91 - 99](#)
- 02 Jahresarbeitsverdienst – Qualifizierung von „steuerfreien Spesen“ bzw. „pauschal versteuerten Spesen“ – objektive steuerrechtliche Einordnung entscheidend – ArEV gilt auch für Leistungsrecht der gesetzlichen UV – frühere abweichende Rechtsprechung des BSG erging vor Inkrafttreten der ArEV – entgegenstehende Literaturmeinungen sind mit VO-Ermächtigung im SGB IV (zur ArEV) nicht vereinbar – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 9/14 R – DOK 402 [82 - 90](#)
- 03 Knieverletzung nach Herabsteigen von einem Bagger – Zerrung des Kniegelenks als Unfallfolge – Riss des Innenmeniskus und Knorpelschaden nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit unfall-bedingt – Wertigkeit von Arthroskopie und MRT bei Gelenkdiagnos-tik – keine Schädigung von Bandstrukturen – indirekte Gewaltein-wirkung kann keine isolierte Meniskusverletzung hervorrufen – Be-schluss des LSG Baden-Württemberg vom 22.07.2015 – L 6 U 2394/15 – DOK 375.323:370.2:451:453 [131 - 144](#)
- 05 Prüfung einer Versichertenrente als Stützrente – Feststellung eines unfallbedingten Körperschadens von 10% durch Staatliche Versi-cherung der DDR – jedoch keine Entscheidung über Arbeitsunfall und keine Rentenfeststellung durch Staatliche Versicherung – keine Bindung der beklagten BG an Feststellung eines unfallbedingten Körperschadens von 10% – Kläger hatte keinen Besitzstand nach DDR-Recht erreicht – Urteil des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 17/14 R – DOK 451:453:143:185 [295 - 302](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
10 Jahresarbeitsverdienst (JAV) eines Diplomchemikers im Graduiertenstudium – JAV-Berechnung nach Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft – kein Anspruch auf JAV-Neuberechnung nach Promotion – Abgrenzung der Berufsausbildung zur Weiterbildung – keine erhebliche Unbilligkeit trotz Promotion als Regelfall bei Diplomchemikern – Regel-JAV entspricht finanzieller Lebensgrundlage – Urteil des Bundessozialgerichts vom 26.04.2016 – B 2 U 14/14 R – DOK 402.4:402.7	641 - 649
11 JAV bei Arbeitnehmer- und selbstständiger nebenberuflicher Tätigkeit – Arbeitsunfall im Beschäftigungsverhältnis – Regelberechnung des JAV gemäß § 82 SGB VII – keine Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit erzielt – keine Neufestsetzung des JAV gemäß § 87 SGB VII – Gewinnschwankungen für selbstständige Tätigkeit charakteristisch – somit auch keine Unbilligkeit des JAV gemäß § 87 SGB VII – Urteil des Hessischen LSG vom 21.06.2016 – L 3 U 122/12 – DOK 402.7:402.1	688 - 696
12 Fußquetschung durch Arbeitsunfall – anhaltendes Schmerzsyndrom im Vorderfuß – Traumafolge nicht nachweisbar – keine unfallbedingte psychoreaktive Störung – vielmehr unfallunabhängige somatoforme Schmerzstörung – Traumatisierung durch Kindheitserlebnisse – Schmerzsyndrom auch in anderen Körperteilen – quantitative sensorische Testung (QST) nicht angezeigt – keine „Small Fiber Neuropathie“ – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 31.08.2016 – L 17 U 710/15 – DOK 375.0:375.315	770 - 776

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 02 Rentennachzahlung nach Vergleich – Beginn der Verzinsung gemäß § 44 SGB I – Versichertenrente aus UV als antragsunabhängige Leistung – Bedeutung eines nicht erforderlichen Antrags – bei erst nachträglicher Entstehung des Anspruchs ist 2. Antrag erforderlich – bei vollständigem Leistungsantrag ist 2. Alt. des § 44 Abs. 2 SGB I irrelevant – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 08.05.2015 – L 4 U 97/15 – DOK 401.07 [72 - 81](#)
- 03 Rechtsbeziehungen zwischen Krankenhausträgerin und UV-Trägerin – stationäre Behandlung nach Versicherungsfall – öffentlich-rechtliche Natur des Vergütungsanspruchs – Rechtsstreit dem UV-Recht zuzuordnen, da Sachleistung nach SGB VII – Hauptforderung auf Vergütung aus entsprechender Anwendung der §§ 677 ff BGB (Geschäftsführung ohne Auftrag) – Zinsanspruch in entsprechender Anwendung der §§ 280 ff BGB für Verzugszinsen – Interessenlage zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern auch auf Verhältnis zwischen UV-Trägern und Kliniken etc. übertragbar – Urteil des SG Dessau-Roßlau vom 19.03.2015 – S 23 U 104/12 – DOK 412.21:418.21:061 [145 - 154](#)
- 04 Abtretung „aller Ansprüche gegen einen UV-Träger aus einer Unfallsache“ – Unwirksamkeit der Abtretung – fehlende hinreichende Bestimmtheit – keine konkrete Bezeichnung der abzutretenden Ansprüche – keine Gewährung von Prozesskostenhilfe für Zahlungsklage gegen UV-Träger – Beschluss des Bayerischen LSG vom 15.02.2016 – L 17 U 54/15 B PKH – DOK 113:186.3 [170 - 176](#)
- 08 Arbeitsunfall eines Bauhelfers – Dauer des Verletztengeldanspruchs – mit Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht zu rechnen – kein Anspruch auf qualifizierte Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben – keine fehlerhafte Ausübung des Ermessens – Verletztengeld endet mit Ablauf der 78. Woche nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 18.01.2016 – L 1 U 4104/14 – DOK 421:424:431.3 [503 - 518](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 09 Anspruchskonkurrenz von Verletztengeld und Krankengeld – Unfall bei nebenberuflicher selbstständiger Tätigkeit – Verletztengeld aus freiwilliger Unternehmensversicherung kraft Satzung – daneben (hauptberufliche) Tätigkeit im Angestelltenverhältnis – kein Leistungsausschluss des Krankengeldes – keine Kongruenz zwischen Krankengeld und Verletztengeld – verfassungskonforme Auslegung des § 11 Abs. 5 SGB V bei zwei verschiedenen Tätigkeiten – Urteil des BSG vom 25.11.2015 – B 3 KR 3/15 R – DOK 432.3:122.21:122.4 [531 - 541](#)
- 11 Heilbehandlung nach Arbeitsunfall – Erstattung selbst beschaffter Leistungen – Regelungslücke in gesetzlicher UV – analoge Anwendung des § 13 Abs. 3 SGB V – unaufschiebbare Leistungen nicht rechtzeitig erbringbar oder Leistung zu Unrecht abgelehnt – kein Erstattungsanspruch, falls UV-Träger vor Behandlung nicht eingeschaltet wurde – Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 27.06.2016 – L 1 U 4032/15 – DOK 412:143.261 [697 - 709](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 06 Motorradfahrt als Vorbereitungshandlung zur Erweiterung eines (Taxi-)Unternehmens – evtl. Ankauf eines Kleintransporters für Fahrten als Subunternehmer – UV-Schutz über Versicherung kraft Satzung nur bei enger sachlicher, örtlicher und zeitlicher Beziehung zur versicherten Haupttätigkeit – hier Ankauf des Transporters und Zeitpunkt der Unternehmenserweiterung noch unbestimmt – Motorradfahrt diene primär privaten Interessen – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 03.09.2015 – L 6 U 96/13 – DOK 512.1:322:371.1:372.1 [350 - 360](#)
- 07 Überweisung rechtlich selbständiges Tochterunternehmen der Süßwarenherstellung an BG NuG – kein Gesamtunternehmen mit Mutterunternehmen – keine Unternehmeridentität – wirtschaftliche Verflechtungen reichen nicht aus – Ordnungsprinzip der fachlichen UV-Gliederung nach Gewerbebezweigen unverzichtbar – Vermeidung sonst willkürlicher Zugehörigkeiten zu fachfremden UV-Trägern – Abweichung vom BSG-Urteil vom 02.04.2009 – B 2 U 20/07 R – Revisionszulassung – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 23.11.2015 – L 2 U 207/13 – DOK 515.4:512.24:512:51 [436 - 447](#)
- 09 Unternehmen der IT-Branche – berufsgenossenschaftliche Zuständigkeit – Verlagerung von Produktion/Installation auf IT-Dienstleistungen – Dienstleistungen in elektronischer Form von Büroarbeitsplätzen aus – jedoch kein eigener Gewerbebezweig „gewerbliches Büro“ – keine wesentliche Änderung der Verhältnisse – weiterhin Beteiligung am Wertschöpfungsprozess elektronischer Erzeugnisse – kein Überweisungsanspruch – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 12.05.2016 – L 6 U 90/16 – DOK 512.512 [542 - 561](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Beitrag

- 05 Verjährung eines Beitragserstattungsanspruchs bei rückwirkender Neuveranlagung zu den Gefahrklassen des Fahrtarifs – Beginn der Verjährungsfrist nicht erst mit Aufhebung der ursprünglichen Beitragsbescheide – maßgeblich ist allein der Ablauf des Kalenderjahres der Beitragsentrichtung – Geltendmachung der Verjährung durch Einrede – somit Ermessen des SV-Trägers – keine Ansatzpunkte für Ermessensreduzierung auf Null – Fehlverhalten des SV-Trägers allein schließt Verjährungseinrede nicht aus – überhöhte Beitragsfestsetzung war für Unternehmer erkennbar – Urteil des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 2/14 R – DOK 523.46:540.53:541 [303 - 311](#)
- 06 Veranlagung eines „Low-Budget-Hotels“ als Beherbergungsbetrieb – Zusammenfassung mit anderen, herkömmlichen Hotels zulässig – Anbieten von Speisen und Zimmerservice für Beherbergungsunternehmen nicht zwingend – Abgrenzung bloßer Marktsegmente bei Fahrtariffbildung unpraktikabel – unsubstantiierte Einwendungen gegen Beitragsnachlassberechnung – keine Aufklärungspflicht des SG – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 03.12.2015 – L 2 U 171/14 – DOK 523.21:523.4 [361 - 374](#)
- 09 Beitragserhebung durch UV-Träger der öffentlichen Hand – Differenzierung nach getrennten Umlagegruppen für Landes- und Kommunalbereich zwingend – ansonsten weiter Gestaltungsspielraum des UV-Trägers bei Bildung von Umlagegruppen – Haushaltsdeckung und Solidarausgleich stärker zu beachten als bei Gefahrklassen der BGen – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 28.10.2015 – L 17 U 518/12 – DOK 531:533.8 [562 - 575](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Regress / Haftungsbeschränkung

- 02 Unfall des Eigentümers von Pferdeboxen bei der Rückführung bei ihm eingestellter Pferde von der Weide – Abgrenzung Wie-Beschäftigung zur Gefälligkeitsleistung – Berufungseinlegung durch beigeladene Pferdehalterin bei anschließender Klagerücknahme des Verletzten – Rechtsmittelbefugnis der Beigeladenen aus § 109 SGB VII – Urteil des LSG NRW vom 27.08.2015 – L 15 U 262/14 – DOK 142.1:182.215:186.1:311.01:312 [22 - 35](#)
- 03 Unfall bei Inhalieren mit heißem Wasser innerhalb der Internatsunterbringung – heilpädagogisch-therapeutisches Heim – Arbeitsunfall bejaht – Realisierung einer durch die Internatsunterbringung geschaffenen Gefahr – Klagebefugnis nach § 109 SGB VII – Aussetzung des Schadensersatzprozesses nach § 108 SGB VII – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 22.10.2015 – L 10 U 2863/13 – DOK 311.082:374.281:753.3:780 [112 - 120](#)
- 03 Regress nach § 116 SGB X – Keine sachliche Kongruenz zwischen dem Verdienstaufschaden des Geschädigten und den Maßnahmekosten der Bundesagentur für Arbeit für seine Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt – Verdienstaufschlag als weiterer Schaden – „Gruppentheorie“ ersetzt nicht die Einzelfallprüfung – Urteil des BGH vom 30.06.2015 – VI ZR 379/14 – DOK 424.6:750.02:750.11:752.1 [155 - 165](#)
- 05 Verjährung des Regressanspruchs nach § 113 S. 1 SGB VII – bindende Feststellung der Leistungspflicht eines UVT jedenfalls durch Verwaltungsakt – Leistungsfeststellung dem Grunde nach genügt – Bindungswirkung tritt ein mit Bekanntgabe des Verwaltungsaktes – Hemmung der Verjährung nach § 203 BGB setzt Erörterungen über den Klageanspruch voraus – Verjährungsverzichtserklärung gilt nur für denjenigen, dem gegenüber sie abgegeben wurde – Urteil des BGH vom 08.12.2015 – VI ZR 37/15 – DOK 753.4:754.5 [312 - 326](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 07 Gesamtschuldnerausgleich zwischen der Haftpflichtversicherung eines schädigenden KFZ und dem für eine fehlerhafte ärztliche Behandlung haftenden Träger eines Krankenhauses – Gesamtschuldnerausgleich nach § 426 BGB in entsprechender Anwendung des § 254 Abs. 1 BGB – Abgrenzung der Haftung des Erstschädigers für die Unfallfolgen von der Haftung des Zweitschädigers wegen fehlerhafter Behandlung – Kausalzusammenhang zwischen grobem ärztlichem Behandlungsfehler und eingetretenem Gesundheitsschaden wird vermutet – Haftung des Erstschädigers tritt dann im Innenverhältnis hinter der Haftung des Zweitschädigers zurück – Urteil des OLG Oldenburg vom 08.07.2015 – 5 U 28/15 – DOK 060:750.11:752.21 [377 - 390](#)
- 08 Recht auf rechtliches Gehör nach Art 103 Abs. 1 GG – Anforderungen an den schlüssigen Sachvortrag einer Partei – Umfang der Darlegungslast – überzogene Substantiierungsanforderungen des Gerichts – unzulässige, vorweggenommene Beweiswürdigung außerhalb der Beweisaufnahme – Beschluss des BGH vom 16.02.2016 – VI ZR 428/15 – DOK 010:095.1 [448 - 455](#)
- 09 Die Erhebung einer zivilrechtlichen Klage erfordert die Zustellung beglaubigter Abschriften – Keine Änderung eingetreten durch das Zustellungsreformgesetz – Nichtüberführung des § 170 ZPO a.F. in § 166 ZPO n.F. wurde vom Gesetzgeber bei Einführung des Zustellungsreformgesetzes lediglich übersehen – Lt. Gesetzesbegründung des ZustellungsreformG wollte der Gesetzgeber an der Zustellung beglaubigter Abschriften festhalten – Zustellung nicht beglaubigter Abschriften ist eine Verletzung zwingender Zustellungsvorschriften – Mangel ist nach § 189 ZPO heilbar – Urteil des BGH vom 22.12.2015 – VI ZR 79/15 – DOK 061:095.1:753.4 [522 - 530](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
09 Regress des UVT wegen eines Unfalls beim Entladen eines LKW – Regress nach § 116 SGB X iVm § 823 Abs. 1, 2 BGB – Keine Haftungsprivilegierung wegen gemeinsamer Betriebsstätte zwischen Gabelstapler und LKW-Fahrer verschiedener Firmen – Entfernen der Ladungssicherung ist unabhängige Vorbereitungshandlung für das Entladen mittels Gabelstapler – gegenseitige Verständigung wegen § 16 BGV 27 nicht erfolgt – Haftung des Unternehmers des Gabelstaplerfahrers nach § 116 SGB X iVm Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter – Schutzbedürftigkeit des Geschädigten, weil er im Schadensfall gegen den eigenen AG keinen Schadenersatzanspruch wegen § 831 Abs. 1 S. 2 BGB gehabt hätte – Urteil des OLG Hamm vom 10.05.2016 – 9 U 53/15 – DOK 750.0:750.11:754.14	576 - 590
10 Keine Anwendung des Familienprivilegs des § 116 Abs. 6 SGB X im Rahmen des § 110 Abs. 1, 2 SGB VII – keine Regelungslücke – Ausschluss des Rückgriffs nach § 110 Abs. 2 SGB VII kann nur vom Gesetzgeber geändert werden – Anwendung des Familienprivilegs folgt auch nicht aus § 110 Abs. 1 SGB VII – Beschluss des BGH vom 16.08.2016 – VI ZR 497/15 – DOK 750.04:754.2:754.4	650 - 652
11 Regress nach § 110 Abs. 1 SGB VII – Unfall eines Leiharbeitnehmers – Einsatz an einer Maschine im Testbetrieb – Maschine unvollständig montiert – fehlende Sicherheitstüren an Pressvorrichtung – fehlende Sicherheitseinrichtung, die Wiederanlaufen der Maschine nach Störungsbehebung verhindert – objektive und subjektive grobe Fahrlässigkeit des Betriebsinhabers, der Geschäftsführer und des Produktionsleiters – Verstoß gegen Organisations- und Überwachungspflichten – Kostenargumente irrelevant – überwiegendes Verschulden der Beklagten lässt etwaiges Mitverschulden des Geschädigten dahinter zurücktreten – Urteil des OLG Celle vom 04.11.2015 – 5 U 99/15 – DOK 751.1:754.23	710 - 716

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Akteneinsicht des UVT in die Akten eines Zivilprozesses der Erbin des BG-Versicherten gegen einen Krankenhausträger – möglicher Behandlungsfehler des Krankenhauses, in dem Versicherter vor seinem Tod behandelt wurde – Präsident des LG gewährt Akteneinsicht – dagegen erhobener Antrag der Erbin auf Verweigerung der Akteneinsicht ist gerichtet auf Aufhebung eines belastenden Justizverwaltungsaktes – zulässige Klageart nach § 23 EGGVG – BG hat Akteneinsichtsrecht aus Amtshilfe nach Art. 35 GG – Gewährung der Akteneinsicht steht im Ermessen der Präsidenten des LG – Kein Ermessenfehler – BG hat Recht, die gesamte Akte einzusehen – Beschluss des OLG Naumburg vom 20.04.2016 – 6 VA 1/16 – DOK 010:095.1:750.0 [717 - 723](#)
- 12 Laborkittelverbrennung nach studentischem Praktikum – kein Arbeitsunfall – Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision unbegründet – keine ungeklärte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung gegeben – Versicherungsschutz bei studentischen Veranstaltungen schon beim Hochschulsport geklärt – § 109 SGB VII – Prozessstandschaft – potentiell haftungsprivilegierte Person unterliegt § 183 SGG (Kostenfreiheit) – dies gilt nicht für Haftpflichtversicherer und Arbeitgeber bei Klage nach § 109 SGB VII – Beschluss des BSG vom 30.08.2016 – B 2 U 40/16 B – DOK 184.3:311:083:754.1 [743 - 748](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 02 Versicherungsfall bei Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft – Erstattungsanspruch der landwirtschaftl. BG gegen gewerbl. BG, die für Hauptbeschäftigung zuständig ist – Einjahresfrist des § 111 SGB X ist auf Lastenausgleich gemäß § 175 SGB VII nach Gesetzeszweck, Gesetzssystematik und Entstehungsgeschichte der Normen nicht anzuwenden – Lastenausgleich dient ausschließlich Finanzierung im Innenverhältnis – Urteil des BSG vom 23.07.2015 – B 2 U 15/14 R – DOK 163.43 [36 - 44](#)
- 04 Abgrenzung med. Gutachten zur beratungsärztlichen Stellungnahme – Abstellen auf äußere und innere Kriterien – hier kein „Gutachtenauftrag“ – lediglich „beratungsärztliche Stellungnahme“ angefordert und auch vorgelegt – inhaltliche Auseinandersetzung und Schlüssigkeitskontrolle bereits vorliegenden Gutachtens schließt auch Einwendungen zum Gutachten ein – Einordnung als beratender Arzt setzt keine räumliche Eingliederung voraus – besondere Rechtsbeziehung zum UV-Träger durch Dienstvertrag höherer Art und förmliche Verpflichtung nach VerpflG – inhaltliches Weisungsrecht durch Art der Tätigkeit ausgeschlossen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 23.10.2015 – L 8 U 1012/14 – DOK 154.6:154.3:141:142.24 [177 - 194](#)
- 04 Kreuzbandriss als strittige Unfallfolge – bestandskräftiger Ablehnungsbescheid des UV-Trägers – Erstattungsanspruch gegen Krankenkasse – UV-Träger kann sich grundsätzlich auf Bindungswirkung des Bescheides berufen – Ausnahme nur bei offensichtlicher Fehlerhaftigkeit der Entscheidung – jedoch in Rechtsprechung und Literatur strittige Rechtsfrage – daher Revisionszulassung – Urteil des Sächsischen LSG vom 05.11.2015 – L 2 U 126/12 – DOK 163.14:143.2 [195 - 207](#)
- 05 Aufhebung eines Rentenbescheids aus der gesetzlichen RV für die Vergangenheit – Wiederverheiratung des Rentenbeziehers – Ablauf der 10-Jahresfrist – keine Zahlung mehr bei Beginn des Verwaltungsverfahrens über die Aufhebung wegen Einkommensanrechnung – Rentenstammrecht ohne Zahlung führt nicht zur Verlängerung der 10-Jahresfrist – Ende der Rentenzahlung war bestandskräftig festgestellt – Urteil des BSG vom 02.11.2015 – B 13 R 27/14 R – DOK 143.265:143.262:143.27 [260 - 268](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
05 Prüfung einer Versichertenrente als Stützrente – Feststellung eines unfallbedingten Körperschadens von 10% durch Staatliche Versicherung der DDR – jedoch keine Entscheidung über Arbeitsunfall und keine Rentenfeststellung durch Staatliche Versicherung – keine Bindung der beklagten BG an Feststellung eines unfallbedingten Körperschadens von 10% – Kläger hatte keinen Besitzstand nach DDR-Recht erreicht – Urteil des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 17/14 R – DOK 451:453:143:185	295 - 302
06 Anspruch auf Rückerstattung gemäß § 112 SGB X bei zu Unrecht erfolgter Erstattung – Erstattungsanspruch war wegen Fristablaufs gemäß § 111 S. 1 SGB X erloschen – Fristbeginn wird nicht durch vom UV-Träger übernommene Zuzahlungen beeinflusst – hierin liegt keine Entscheidung des erstattungspflichtigen Leistungsträgers gemäß § 111 S. 2 SGB X – Entscheidung über Erstattung von Zuzahlungen umfasst keine Entscheidung über Naturalleistung selbst Urteil des BSG vom 15.12.2015 – B 1 KR 14/15 R – DOK 163.43	327 - 334
11 Heilbehandlung nach Arbeitsunfall – Erstattung selbst beschaffter Leistungen – Regelungslücke in gesetzlicher UV – analoge Anwendung des § 13 Abs. 3 SGB V – unaufschiebbare Leistungen nicht rechtzeitig erbringbar oder Leistung zu Unrecht abgelehnt – kein Erstattungsanspruch, falls UV-Träger vor Behandlung nicht eingeschaltet wurde – Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 27.06.2016 – L 1 U 4032/15 – DOK 412:143.261	697 - 709
12 Zugunstenverfahren gemäß § 44 SGB X – komplexes regionales Schmerzsyndrom (CRPS) als mittelbare Unfallfolge – Ausführungsbescheid nach SG-Urteil – § 44 SGB X auch hierauf anwendbar – Zugrundelegung der anerkannten Unfallfolgen – CRPS somit als weitere Unfallfolge anzuerkennen – Urteil des LSG Mecklenburg-Vorpommern vom 30.09.2015 – L 5 U 35/09 – DOK 143.261	724 - 742

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 02 Unfall des Eigentümers von Pferdeboxen bei der Rückführung bei ihm eingestellter Pferde von der Weide – Abgrenzung Wie-Beschäftigung zur Gefälligkeitsleistung – Berufungseinlegung durch beigeladene Pferdehalterin bei anschließender Klagerücknahme des Verletzten – Rechtsmittelbefugnis der Beigeladenen aus § 109 SGB VII – Urteil des LSG NRW vom 27.08.2015 – L 15 U 262/14 – DOK 142.1:182.215:186.1:311.01:312 [22 - 35](#)
- 03 Unfall bei Inhalieren mit heißem Wasser innerhalb der Internatsunterbringung – heilpädagogisch-therapeutisches Heim – Arbeitsunfall bejaht – Realisierung einer durch die Internatsunterbringung geschaffenen Gefahr – Klagebefugnis nach § 109 SGB VII – Aussetzung des Schadensersatzprozesses nach § 108 SGB VII – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 22.10.2015 – L 10 U 2863/13 – DOK 311.082:374.281:753.3:780 [112 - 120](#)
- 05 Einverständnis der Beteiligten zur Entscheidung ohne mündliche Verhandlung – danach Antrag auf Ruhen des Verfahrens durch den Kläger – keine Weiterleitung an die Beklagte – Einverständnis zur Entscheidung ohne mündliche Verhandlung wird unwirksam – wesentliche Änderung der Prozesssituation durch Ruhensantrag – kein Ermessen des Gerichts, wenn Ruhensvoraussetzungen vorliegen – somit Verstoß gegen Mündlichkeitsgrundsatz und Anspruch auf rechtliches Gehör – Beschluss des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 132/15 B – DOK 182.14:182.15:186.3 [269 - 272](#)
- 06 Zulässigkeit einer Revision – Anforderungen an die Revisionsbegründung – Auseinandersetzung mit angefochtener Entscheidung erforderlich – Rechtsausführungen notwendig, die tragende Gründe des angefochtenen Urteils in Frage stellen können Beschluss des BSG vom 25.02.2016 – B 2 U 21/14 R – DOK 186.2:376.3-4111:401.07 [335 - 341](#)
- 08 UV-Versichertenrente – Versorgungsbezüge nach OEG – Ruhen der OEG-Leistungen – Abtretung der Versichertenrente – Anfechtungsklage gegen Bescheid zur Regelung des Auszahlungsbetrages – bei Neufestsetzung des Auszahlungsbetrages Mitanechtung des Folge-VA's gemäß § 96 SGG – erneute Anfechtungsklage unzulässig – Urteil des BSG vom 26.04.2016 – B 2 U 13/14 R – DOK 185.2:186.2:401.7:406.5 [456 - 463](#)

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
10 Unterzeichnung eines Urteils – Handzeichen der Vorsitzenden – keine formgültige Unterschrift – absoluter Revisionsgrund – fehlerhafter Hinweis der Vorsitzenden bezüglich Klageänderung – bei anwaltlicher Vertretung kein Verfahrensmangel – Beschluss des BSG vom 17.12.2015 – B 2 U 150/15 B – DOK 185.6:186.2	610 - 615
12 Laborkittelverbrennung nach studentischem Praktikum – kein Arbeitsunfall – Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision unbegründet – keine ungeklärte Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung gegeben – Versicherungsschutz bei studentischen Veranstaltungen schon beim Hochschulsport geklärt – § 109 SGB VII – Prozessstandschaft – potentiell haftungsprivilegierte Person unterliegt § 183 SGG (Kostenfreiheit) – dies gilt nicht für Haftpflichtversicherer und Arbeitgeber bei Klage nach § 109 SGB VII – Beschluss des BSG vom 30.08.2016 – B 2 U 40/16 B – DOK 184.3:311:083:754.1	743 - 748

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 08 Recht auf rechtliches Gehör nach Art 103 Abs. 1 GG – Anforderungen an den schlüssigen Sachvortrag einer Partei – Umfang der Darlegungslast – überzogene Substantiierungsanforderungen des Gerichts – unzulässige, vorweggenommene Beweiswürdigung außerhalb der Beweisaufnahme – Beschluss des BGH vom 16.02.2016 – VI ZR 428/15 – DOK 010:095.1 [448 - 455](#)
- 09 Die Erhebung einer zivilrechtlichen Klage erfordert die Zustellung beglaubigter Abschriften – Keine Änderung eingetreten durch das das Zustellungsreformgesetz – Nichtüberführung des § 170 ZPO a.F. in § 166 ZPO n.F. wurde vom Gesetzgeber bei Einführung des Zustellungsreformgesetzes lediglich übersehen – Lt. Gesetzesbegründung des ZustellungsreformG wollte der Gesetzgeber an der Zustellung beglaubigter Abschriften festhalten – Zustellung nicht beglaubigter Abschriften ist eine Verletzung zwingender Zustellungs Vorschriften – Mangel ist nach § 189 ZPO heilbar – Urteil des BGH vom 22.12.2015 – VI ZR 79/15 – DOK 061:095.1:753.4 [522 - 530](#)
- 10 Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) – Hinweis des Landgerichts zur Antragstellung der Klägerin – deshalb Änderung des gestellten Zahlungsantrags in einen Feststellungsantrag – Antragstellung lt. Berufungsinstanz unzulässig – erneute Umstellung der Klageanträge in Berufungsinstanz – Nichtbeachtung der geänderten Klageanträge durch das Berufungsgericht – Beschluss des BGH vom 10.03.2016 – VII ZR 47/13 – DOK 095.1 [604 - 609](#)
- 12 Akteneinsicht des UVT in die Akten eines Zivilprozesses der Erbin des BG-Versicherten gegen einen Krankenhausträger – möglicher Behandlungsfehler des Krankenhauses, in dem Versicherter vor seinem Tod behandelt wurde – Präsident des LG gewährt Akteneinsicht – dagegen erhobener Antrag der Erbin auf Verweigerung der Akteneinsicht ist gerichtet auf Aufhebung eines belastenden Justizverwaltungsaktes – zulässige Klageart nach § 23 EGGVG – BG hat Akteneinsichtsrecht aus Amtshilfe nach Art. 35 GG – Gewährung der Akteneinsicht steht im Ermessen der Präsidenten des LG – Kein Ermessenfehler – BG hat Recht, die gesamte Akte einzusehen – Beschluss des OLG Naumburg vom 20.04.2016 – 6 VA 1/16 – DOK 010:095.1:750.0 [717 - 723](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)

- 03 Regress nach § 116 SGB X – Keine sachliche Kongruenz zwischen dem Verdienstaufschaden des Geschädigten und den Maßnahmekosten der Bundesagentur für Arbeit für seine Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt – Verdienstaufschaden als weiterer Schaden – „Gruppentheorie“ ersetzt nicht die Einzelfallprüfung – Urteil des BGH vom 30.06.2015 – VI ZR 379/14 – DOK 424.6:750.02:750.11:752.1 [155 - 165](#)
- 08 Arbeitsunfall eines Bauhelfers – Dauer des Verletztengeldanspruchs – mit Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht zu rechnen – kein Anspruch auf qualifizierte Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben – keine fehlerhafte Ausübung des Ermessens – Verletztengeld endet mit Ablauf der 78. Woche nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 18.01.2016 – L 1 U 4104/14 – DOK 421:424:431.3 [503 - 518](#)